

Wohlers, Eckhardt

Article — Digitized Version
Licht und Schatten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wohlers, Eckhardt (1997) : Licht und Schatten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 5, pp. 246-247

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137470>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Licht und Schatten



Eckhardt Wohlers

Im Zuge der Erholung in Europa hat auch in Deutschland die Konjunktur wieder Tritt gefaßt. Nachfrage und Produktion sind – wenn auch unter deutlichen kurzfristigen Schwankungen – seit einem Jahr wieder aufwärtsgerichtet, und das reale Bruttoinlandsprodukt ist merklich gestiegen. Gleichwohl ist das Fundament des Aufschwungs immer noch recht schmal. Wichtigste Triebkraft ist nach wie vor der Export; von der Binnennachfrage kommen nur wenig Impulse. Zwar ist die Investitionstätigkeit der Unternehmen, die sich in den ersten Jahren nach der Überwindung der Rezession nur mühsam dahinschleppte, in der letzten Zeit etwas reger geworden. Von den Bauinvestitionen gehen aber weiterhin erhebliche retardierende Effekte aus.

Düster sieht es nach wie vor am Arbeitsmarkt aus. Die Zahl der Erwerbstätigen ist bis in den Winter hinein unvermindert kräftig zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit ist saisonbereinigt in den letzten Monaten zwar leicht gesunken. Das ist jedoch, ebenso wie das Emporschnellen am Jahresbeginn, in erster Linie auf Verzerrungen als Folge der Neuregelung des Schlechtwettergeldes im Baugewerbe zurückzuführen; deren mangelnde Akzeptanz und Anwendung führte vermehrt zu temporären Freisetzungen. Auch die Situation in Ostdeutschland hat sich durch das Wiederanziehen der Konjunktur kaum gebessert. Konjunkturelle Impulse wurden durch die ungünstige Entwicklung im Baugewerbe überspielt, so daß die gesamtwirtschaftliche Produktion kaum noch zunahm.

Die Basis für eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung ist vorhanden. Die Zinsen sind in Deutschland wie auch in den anderen europäischen Ländern so niedrig wie lange nicht, und eine Zinswende ist angesichts des allenthalben ruhigen Preisklimas wenig wahrscheinlich. Aus dem Ausland sind weiterhin deutliche Impulse zu erwarten; bei den wichtigsten Handelspartnern stehen die Konjunktursignale auf grün, und mit der kräftigen Abwertung der D-Mark hat sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter wieder deutlich verbessert. Wegen der günstigen monetären Rahmenbedingungen halten die Wirtschaftsforschungsinstitute denn auch eine Festigung des Aufschwungs für wahrscheinlich. In ihrem Frühjahrsgutachten gehen sie davon aus, daß das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in diesem Jahr um 2¼% steigen wird; für 1998 rechnen sie sogar mit einem Wachstum von 2¾%. Nach ihrer Einschätzung werden sich die Auftriebskräfte dabei mehr zur Binnennachfrage verlagern, so daß der Aufschwung an Breite gewinnt. Insbesondere werden die Unternehmen aufgrund der deutlich aufgehellten Absatz- und Ertragsperspektiven sowie der niedrigen Zinsen ihre Ausrüstungsinvestitionen stärker ausweiten.

Getrübt wird das Bild durch die weiterhin gedrückten Perspektiven für die Bauwirtschaft; hier ist wohl erst im Laufe des nächsten Jahres – und vorrangig in Westdeutschland – mit einer allmählichen Aufhellung zu rechnen. Auch wegen der davon ausgehenden retardierenden Einflüsse, die in Ostdeutschland wegen des großen Gewichts dieses Bereichs besonders stark zu Buche schlagen, bleibt die konjunkturelle Dynamik zu gering für eine durchgreifende Besserung der Lage am Arbeitsmarkt. Zwar dürfte nach Einschätzung der

Institute der Rückgang der Beschäftigung im Laufe dieses Jahres aufhören und die Zahl der Erwerbstätigen im kommenden Jahr wieder zunehmen. Gleichwohl wird die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr mit rund 4,3 Mill. einen neuen Höchststand erreichen und auch im nächsten Jahr noch deutlich über 4 Mill. liegen.

Obwohl die Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung sprechen, bleiben natürlich Risiken. So ist nicht auszuschließen, daß die amerikanische Zentralbank bei weiterhin hohem Wachstumstempo der amerikanischen Wirtschaft erneut auf die Zinsbremse tritt, um aufkommenden Inflationsgefahren rechtzeitig entgegenzuwirken. Steigende Zinsen in den USA könnten auf Europa überschwappen und hier das Konjunkturklima eintrüben. Ein Unsicherheitsfaktor ist auch die Finanzpolitik. Sie ist derzeit in allen beitriftswilligen Ländern von dem Bestreben geprägt, die Referenzwerte der fiskalpolitischen Kriterien des Maastricht-Vertrages zu erfüllen. Die davon ausgehenden dämpfenden Einflüsse gefährden den Fortgang der konjunkturellen Erholung in Europa derzeit zwar noch nicht, bei weiteren, den bisher vorgesehenen Rahmen deutlich überschreitenden „konzertierten“ Maßnahmen zur Defizitbegrenzung wären Beeinträchtigungen aber nicht auszuschließen. Schwer einzuschätzende Risiken ergeben sich auch im Hinblick auf die Europäische Währungsunion. So könnten die immer wieder aufflammende Diskussion über eine eventuelle Verschiebung des Beginns der Währungsunion und der zunehmende „Euroskeptizismus“ in vielen Ländern zu einer Verunsicherung an den Finanz- und Devisenmärkten mit Auswirkungen auf Wechselkurse und Zinsen führen.

Gegenwärtig gleicht die deutsche Wirtschaft einem Auto, das sich mit angezogener Handbremse voranmüht. Um sicherzustellen, daß die konjunkturelle Erholung in einem lang anhaltenden Wachstumsprozeß einmündet, in dessen Verlauf auch die Beschäftigung deutlich ausgeweitet wird, müssen die Bremsen gelockert werden. Dabei ist nicht zuletzt die Finanzpolitik gefordert. Bei dem verständlichen Bemühen, die finanzpolitischen Referenzwerte des Maastricht-Vertrages „punktgenau“ zu erreichen, darf das unter Wachstums- und Beschäftigungsaspekten Gebotene – eine weitere deutliche Rückführung der Staatsquote wie auch der Belastung mit Steuern und Sozialabgaben auf mittlere Sicht – nicht aus dem Blickfeld geraten. In der gegenwärtigen Situation kommt es entscheidend darauf an, daß die Finanzpolitik ein klares Konzept erkennen läßt und dieses glaubwürdig und konsequent verfolgt. Diesen Erfordernissen wird aber derzeit nicht hinreichend Rechnung getragen, wie exemplarisch das Gezerre um die Steuerreform zeigt. Eine Steuerreform, die das Wachstum nachhaltig stärken will, muß Verteilungsziele hinterstellen und der Förderung der Kapitalbildung Priorität einräumen. Dazu bedarf es – nicht zuletzt wegen der Signalfunktion im internationalen Wettbewerb der Steuersysteme – auch einer spürbaren Senkung des Spitzensteuersatzes. Unter Wachstumsaspekten ist der von der Regierung vorgelegte Entwurf – bei durchaus berechtigter Kritik in Einzelpunkten – insgesamt positiv zu beurteilen. Gleichwohl stößt die Umsetzung auf erhebliche Schwierigkeiten, so daß unsicher ist, ob es überhaupt noch zu einer Reform kommt, die diesen Namen verdient. Das schürt die Politikverdrossenheit, nährt die Zweifel an der Fähigkeit des Staates, die drängenden Probleme zu lösen, und belastet das wirtschaftliche Klima erheblich. So wird bei den Investoren Attentismus erzeugt und die Investitionsbereitschaft gedämpft statt gefördert.

Die Notwendigkeit „vertrauensbildender“ Maßnahmen gilt auch für die Lohnpolitik. Zwar trägt sie unter dem Eindruck der hohen Arbeitslosigkeit inzwischen mit moderaten Lohnabschlüssen und Fortschritten bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit beschäftigungspolitischen Erfordernissen wieder stärker Rechnung. Dieser Kurs muß aber auf Jahre hinaus beibehalten werden. Die hartnäckig hohe Arbeitslosigkeit hat auf Gewerkschaftsseite Forderungen nach weiterer Verkürzung der Arbeitszeit laut werden lassen. Dies ist aber kein erfolgversprechender Weg zur Lösung des Beschäftigungsproblems. Arbeit ist kein homogenes Gut, das beliebig teilbar und einsetzbar ist. Insofern ist nicht auszuschließen, daß das Arbeitsvolumen durch eine Arbeitszeitkürzung infolge von Engpässen bei qualifizierten Arbeitskräften insgesamt sinkt. Auch müßte eine Arbeitszeitverkürzung ohne zusätzliche Kostenbelastungen für die Unternehmen bleiben. Die damit verbundenen Einkommenseinbußen würden sicherlich Arbeitnehmer verstärkt in die Schwarzarbeit drängen, so daß auch von daher der gewünschte Effekt konterkariert würde.